



Europapolitiker Merkel, Hollande

Quelle für Brüssel

Währungsunion Nach dem Desaster um die Griechenlandrettung wollen Paris, Berlin und Brüssel die Eurozone reformieren: mit einer Wirtschaftsregierung und einer eigenen Steuer für die Eurozone. Finanzminister Schäuble ist dafür, Kanzlerin Merkel skeptisch.

Wenn eine Regierung ihre Macht festigen will, so lehrt die Geschichte, muss sie ihre Untertanen zu Steuerzahlern machen. Das Römische Reich erlegte jedem neu eroberten Volksstamm hohe Tributpflichten auf. Und die USA entwickelten sich erst vom Staatenbund zum Bundesstaat, als Finanzminister Alexander Hamilton im 18. Jahrhundert unter anderem einheitliche Zölle und Steuern für die ganze Union durchsetzte, zunächst auf Whiskey, weil das so viel Geld einbrachte.

Dem historischen Vorbild aus der Gründungsphase der USA eifern nun auch die Politiker der Eurozone nach. Aus dem entnervenden Gefeilsche um das jüngste Griechenlandprogramm haben die Mächtigen des Währungsverbunds den Schluss gezogen, dass die Eurozone politisch enger zusammengefügt werden muss.

Zentralbankchef Mario Draghi will strengere Regeln für die Bankenunion.

Frankreichs Präsident François Hollande fordert eine eigene Wirtschaftsregierung für die Währungsunion. Und in Brüssel wie in Berlin arbeiten die Finanzexperten an Plänen, dem Euroverbund dafür jenes Instrument zur Verfügung zu stellen, das sich geschichtlich als so erfolgreich erwiesen hat: eine eigene Steuer.

Würden die Pläne umgesetzt, wäre das ein Tabubruch für den Kontinent. Dass im Zuge der europäischen Einigung Kompetenzen nach Brüssel verlagert werden, sind die Bürger gewohnt. Vor einem aber schrecken selbst überzeugteste Europabefürworter bislang zurück: Das Recht, Steuern zu erheben, sollte bei den Mitgliedstaaten bleiben. Alles andere, so waren sie überzeugt, sei den Bürgern nicht zu vermitteln.

Doch seit die Regierungschefs fast im Wochenrhythmus zu Krisensitzungen nach Brüssel fliegen, hat sich die Meinung ge-

dreht. Würden Einnahmen und Ausgaben zumindest teilweise zentral verwaltet, so das Kalkül, könnte keine Regierung mehr die andere erpressen – und die EU-Kommission erhielte endlich die Mittel für eine eigenständige Konjunkturpolitik. Trübt sich das Wirtschaftsklima ein, könnte Brüssel europaweit die Steuern senken und so „Rezessionen besser entgegenwirken“, sagt Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Noch sind die Pläne nicht über das Anfangsstadium hinausgekommen, doch klar ist schon jetzt, wer dabei verlieren könnte: Angela Merkel, die angeblich mächtigste Frau des Kontinents.

Sie will den Währungsverbund seit Jahren durch mehr zwischenstaatliche Verträge festigen; doch nun könnte sich ausgerechnet ihr neuer Gegenspieler durchsetzen, Finanzminister Wolfgang Schäuble, der ebenfalls für eine Eurofinanzregierung

unter dem Dach der EU plädiert. Vergangene Woche machte er in einem Gespräch mit dem SPIEGEL nicht nur deutlich, dass er in der Causa Griechenland im äußersten Fall zum Rücktritt bereit ist. Er stellte auch klar, dass er für die Währungsunion einen ganz anderen Plan hat als seine Chefin. „Wir müssen uns weiter in Richtung einer politischen Union bewegen“, sagte er, „zum Beispiel die EU-Kommission stärken und das Europäische Parlament.“

Ausgerechnet bei ihrem wichtigsten Thema scheint die Kanzlerin nun in die Defensive zu geraten. Zu Hause legt sich der mächtigste Minister ihres Kabinetts quer, und in Europa macht ihr plötzlich ein Rivale die Führungsrolle streitig, der schon abgeschriebenen schien: Frankreichs Präsident François Hollande.

Der Mann aus dem Élysée-Palast wirkte müde und angeschlagen, als er kürzlich nach 17-stündigen Griechenlandverhandlungen in Brüssel vor die Kameras trat – aber er ließ keinen Zweifel, dass er sich als Sieger fühlte. Ziel Frankreichs sei es gewesen, Griechenland im Euroraum zu halten, sagte er und sprach von einer „neuen Ära des europäischen Aufbaus“ und der „Stärkung der Währungsunion“.

Eine Woche später wagte er sich mit einem entsprechenden Vorstoß an die Öffentlichkeit. Die Eurozone brauche einen eigenen Finanzminister mit weitreichenden Eingriffsrechten in die nationalen Haushalte, schlug Hollande vor. Kontrolliert werden soll er von einem eigenen Eurozonenparlament. Damit nicht genug: Um etwa Konjunkturschwankungen ausgleichen zu können, sollen Parlament und Eurofinanzminister ein eigenes Budget erhalten. Auf Deutsch: einen eigenen Topf mit Finanzmitteln, der mit einigem Recht als Vorläufer eines eigenen Eurozonenhaushalts gelten kann.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) steht den Vorschlägen aus Paris aufgeschlossen gegenüber, sie gehen ihm allerdings noch nicht weit genug. Seinen Fachleuten reicht es nicht, dass sich der von den Franzosen geforderte Finanztopf vor allem durch gemeinsam verbürgte Schuldenaufnahme finanziert.

Stattdessen ist es den Deutschen wichtig, dass der Eurofinanzminister über eine dauerhafte, vor allem üppig sprudelnde eigene Einnahmequelle verfügen kann. Schäubles Leute sind bereit, erhebliche nationale Einnahmen an den Eurofinanzminister abzutreten. Möglich wäre, dass die Mitgliedstaaten Teile des

Aufkommens aus der Mehrwertsteuer oder der Einkommensteuer in den Topf des neuen Brüsseler Ressortchefs umleiten. Beide gelten als vergleichsweise stabile Einnahmequellen.

Denkbar wäre aber auch, dass der Eurofinanzminister das Recht bekommt, einen eigenen Zuschlag auf beide Steuern zu erheben. „Wir sind bereit, über diese Fragen ernsthaft zu diskutieren“, heißt es im Berliner Finanzministerium.

Auch die EU-Kommission sieht den jüngsten Vorstoß aus Paris grundsätzlich positiv. Allerdings: Die Pläne würden einen neuen Graben in Europa aufreißen, weil die neue Wirtschaftsregierung nur für Euromitglieder zuständig wäre, nicht aber für Länder wie Polen oder Tschechien.

Zwar will EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker alles versuchen, um eine Spaltung der EU in Euromitglieder und Nicht-Euroländer zu vermeiden. Aber die jüngsten Verhandlungen über die Griechenlandrettung haben Juncker in der Auffassung bestärkt, dass sich die Eurozone nicht auf den guten Willen der übrigen EU-Mitglieder verlassen kann.

Ein eigenes Budget der Eurozone wird daher auch in der Kommission als wünschenswert angesehen. Im Bericht zur Zukunft der Währungsunion, den Juncker kürzlich zusammen mit den Präsidenten der wichtigsten EU-Institutionen vorlegte, ist bereits von einem „Mechanismus der fiskalischen Stabilisierung für die Eurozone“ die Rede. „Die Eurozone muss über eine eigene Steuer nachdenken“, sagt Elmar Brok, CDU-Europaparlamentarier und Vertrauter Junckers.

Hinter den Kulissen werkelt eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti bereits an entsprechenden Plänen.

Ursprünglich sollten die Experten über „Eigenmittel“ für das EU-Gesamtbudget diskutieren. Bei einem Mittagessen mit Juncker und seinen Kommissaren Anfang Juli regte Monti aber an, auch über eine „fiskalische Kapazität“ für die Eurozone nachzudenken. Genauer: über eigene Steuern. Juncker war dafür. Als Geldquellen kursieren die geplante sogenannte Finanztransaktionsteuer oder Anteile an einer europaweit harmonisierten Unternehmenssteuer.

Kanzlerin Angela Merkel sieht die neue Bewegung skeptisch. Sie sorgt sich, dass eine neue Wirtschaftsregierung nach Bauart der Franzosen die gemeinsame Währung endgültig in eine Transferunion verwandelt. Statt darauf zu achten, dass die Mitgliedstaaten die strengen europäischen Haushaltsziele einhalten, könnte sie eher versucht sein, möglichst viel Geld in Europa umzuverteilen, genauer: vom reicheren Norden in den ärmeren Süden.

Zudem teilt Merkel die Bedenken Junckers, dass die Pläne aufs Neue Europa spalten könnten; diesmal zwischen Euro- und Nicht-Euroländern. „Die EU als Einheit darf nicht durch neue Mauern zerstört werden“, sagt Brok. Länder wie Polen dürften „nicht institutionell und praktisch zu Mitgliedern zweiter Klasse werden“.

Das sind gewichtige Argumente, trotzdem sind sie in Europa derzeit kaum zu hören. Dass die Währungsunion einen weiteren Fall Griechenland kaum überleben würde, gilt als ausgemacht. Auch sitzt die Enttäuschung tief über Merkels eigene Vorstöße zur Lösung der Eurokrise.

„Intergouvernemental“ nennen Brüsseler Juristen die Methode, mit der die Kanzlerin während der Schuldenkrise das Notfallmanagement auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs zog. Die Führung der Währungsunion, so wollte es Merkel, sollte

maßgeblich vom Europäischen Rat ausgehen. Der EU-Kommission und dem Europaparlament gedachte die deutsche Regierungschefin dagegen nur Nebenrollen zu.

Neue, verlässlichere Regeln für die Eurozone sollten im Zweifel nicht auf dem normalen Weg der EU-Gesetzgebung („Gemeinschaftsmethode“) zustande kommen, sondern durch Verträge zwischen den Regierungen. Im November 2010 erklärte die Kanzlerin diesen Ansatz bei einer Grundsatzrede im Europakolleg in Brügge zur „Unionsmethode“.

Tatsächlich wurden auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise mehrere intergouvernementale Abkom-



Finanzminister Schäuble: Nationale Einnahmen abtreten

men beschlossen. Echte Wirkung erzielte aber nur der Eurorettungsschirm ESM. Um klamme Krisenstaaten auch weiterhin mit Geld versorgen zu können, wurde der Rettungsschirm als eigenständige zwischenstaatliche Organisation abseits des Brüsseler Machtbereichs gegründet.

Alle anderen von Merkel angestoßenen Vereinbarungen verfehlten dagegen weitgehend ihre Ziele. So einigten sich die Staats- und Regierungschefs im März 2011 zwar auf den sogenannten Euro-Plus-Pakt, mit dem die Ausgaben der Mitgliedstaaten besser überwacht werden sollten. Die Vereinbarung entfaltete aber kaum Wirkung, weil sie nicht mehr als eine Selbstverpflichtung beinhaltete.

Kurz darauf nahm Merkel einen weiteren Anlauf. Anfang 2012 wurde tatsächlich ein Vertrag zur stärkeren Finanzaufsicht unterzeichnet, der Fiskalpakt. Haushaltssünder sollten künftig per Gerichtsurteil und Geldstrafen zum Sparen gezwungen werden. Merkel nannte den Pakt „einen wichtigen Schritt zu einer Stabilitätsunion“.

Doch ein „Durchgriffsrecht“ für die EU-Kommission oder gar den Europäischen Gerichtshof verboten sich Deutschlands Partner. Skeptiker warnten von Anfang an vor einem „System wechselseitiger Rücksichtnahmen“, und so kam es, wie es kommen musste. Der Vertrag wird in der Praxis kaum beachtet, und selbst Länder wie Frankreich, die seit Jahren fortgesetzt die Schuldenkriterien verletzen, können immer wieder mit großer Nachsicht rechnen.

So kann es nicht weitergehen, diese Einschätzung ist in Europa inzwischen weit verbreitet. Die Fehler in der Architektur der Währungsunion können auf Dauer nicht durch immer neue Verträge beseitigt werden, an die sich am Ende keiner hält.

Stattdessen muss eine zentrale Finanzinstanz künftig einen großen Teil der Entscheidungen in der Eurozone treffen.

Die Frage ist nur: Sind die Mitgliedsländer bereit, ihre nationalen Souveränitätsrechte in so wichtigen Bereichen wie Haushalt und Steuern zumindest teilweise nach Brüssel abzugeben? Und wie kommt das bei den Bürgern an, die schon heute das Gefühl haben, von EU-Technokraten fremdbestimmt zu werden?

Die Hürden sind hoch, doch zugleich wächst die Erkenntnis, dass die Prinzipien merkelscher Krisenpolitik wahrscheinlich bald um einen weiteren Grundsatz ergänzt werden müssen. Scheitert die Wirtschaftsregierung, dann scheitert der Euro.

Christian Reiermann, Michael Sauga, Christoph Schult

LESEN SIE WEITER ZUM THEMA

Ein Hausbesuch beim Schäuble-Gegner Yanis Varoufakis in Athen ▶ Seite 108

Alle Mann von Bord

Internet Einst wollten die Piraten das politische System aufmischen. Heute gelten sie als Beispiel dafür, wie sich junge Parteien selbst ins Aus manövrieren.

Die Nachricht lief nicht über Twitter, und sie kam auch nicht als Push-Mail. Der dreiköpfige Vorstand der Piraten-Fraktion im Kieler Landtag berief vergangenen Montag lieber eine Betriebsversammlung ein, um die Handvoll Angestellten von ihrem Rücktritt zu informieren. Die Chefs hatten sich mit den drei übrigen Piraten-Abgeordneten nicht einigen können, was wichtiger sei: „mehr Kompetenzen“ (Fraktionsspitze) oder „traditionelle Piraten-Werte“ (Fraktion).

In der Öffentlichkeit fand der Politikerkrach im hohen Norden nur wenig Beachtung; aber eine Botschaft blieb hängen: Die Organisation, in der manche noch vor wenigen Jahren die Zukunft des deutschen Parteiensystems zu sehen glaubten, präsentiert sich einmal mehr als führungs- und orientierungslose Chaostruppe.

Knapp neun Jahre nach Gründung der ersten deutschen Netzpolitikpartei sind die Piraten in Gefahr, in die Bedeutungslosigkeit abzusinken. Bei den jüngsten Landtagswahlen in Bremen und Hamburg kamen sie nicht einmal in die Nähe der Fünfprozenthürde. Und bei Umfragen zur Bundestagswahl 2017 taucht die Partei bei den meisten Instituten schon gar nicht mehr auf. Die Organisation, die angetreten war, die digitale Revolution mit dem Prinzip der direkten Demokratie zu verbinden, wird inzwischen unter „Sonstige“ gelistet, wie die Tierschutzpartei und die Partei Bibeltreuer Christen.

Gerade einmal drei Jahre ist es her, dass die Führungsriege der Piraten die deutschen Fernsehtalkshows bevölkerte. Heute arbeitet der ehemalige politische Geschäftsführer der Piraten-Partei, Christopher Lauer, für den Axel-Springer-Verlag. Und Marina Weisband, die einstige Ikone der organisierten Netzbewegung, findet vor allem dann noch Aufmerksamkeit, wenn sie sich in Talkshows oder in Gastbeiträgen über die Ukraine-Krise äußert.

Kaum je zuvor ist eine bundesweit auf-tretende Partei so schnell aufgestiegen und wieder abgestürzt wie die Piraten. Dabei haben ihre Themen Konjunktur: NSA, Vorratsdatenspeicherung und die Digitalisie-

rung der Wirtschaft böten genug Stoff, der Konkurrenz von FDP bis Linkspartei Stimmen abzugagen. Doch auf dem Bundesparteitag an diesem Wochenende in Würzburg soll es vor allem darum gehen, „die Glaubwürdigkeit als Partei zurückzubekommen“, sagt der derzeitige Bundesvorsitzende Stefan Körner, ein Mann, der selbst unter Berliner Politikjunkies kaum bekannt ist.

In wenigen Jahren von der Hoffnungspartei in die fast vollständige Bedeutungslosigkeit – wie konnte das passieren?

Bernd Schlömer sitzt in der „Böse-Buben-Bar“ in Berlin-Mitte, vor einer Wand mit wucherndem Efeu. Früher pendelte er zwischen dem Schreibtisch im Verteidigungsministerium und der Parteizentrale der Piraten.

Heute ist sein Leben ruhiger. Schlömer ist jetzt 44, den Posten als Regierungsdirektor im Ministerium hat er immer noch, den als Parteichef der Piraten nicht. Am Wahlabend der Bundestagswahl 2013 zeigten die Balken der TV-Grafiken ganze 2,2 Prozent – und Schlömer trat zurück, weil er verstanden hatte, „dass wir keinen Erfolg haben und so nie vorankommen werden“.



Ehemaliger Piraten-Funktionär Ponader
Kultur der Twitter-Stürme und Hashtag-Offensiven